

Kulturpolitik

28. März 2012

## **CDU und FDP wollen 80.000 Euro für Eutiner Festspiele freigeben**

Die Koalitionsfraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag haben einen Antrag für die gemeinsame Sitzung von Finanz- und Bildungsausschuss am 29. März 2012 eingereicht. In diesem sprechen sich CDU und FDP dafür aus, die für 2012 vorgesehenen, bisher noch mit einem Sperrvermerk ausgestatteten Landesmittel für die Neuen Eutiner Festspiele in Höhe von 80.000 Euro freizugeben.

Wilfried Wengler kulturpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, erläuterte zum Antrag: „Wir konnten uns bei einem Ortstermin davon überzeugen, dass die Verantwortlichen der Neuen Eutiner Festspiele die erforderlichen Maßnahmen zur konzeptionellen und wirtschaftlichen Optimierung des Festspielangebots ergriffen haben“.

Die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Kirstin Funke stimmt zu: „Vor diesem Hintergrund sollten der Bildungs- und der Finanzausschuss nun bereit sein, ihren Beitrag zur Zukunftsausrichtung dieser Traditionsveranstaltung zu leisten“.

**Pressesprecher**  
**Dirk Hundertmark**  
Landeshaus, 24105 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1443  
E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

**Pressesprecherin**  
**Susann Wilke**  
Postfach 7121, 24171 Kiel  
Telefon 0431-988-1488  
Telefax 0431-988-1497  
E-mail: [presse@fdp-sh.de](mailto:presse@fdp-sh.de)  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

„Nachdem wir die eingereichten Unterlagen sorgfältig geprüft haben, befürworten wir eine Freigabe der Mittel seitens der beteiligten Ausschüsse. Natürlich muss das zuständige Ministerium für Bildung und Kultur nun noch die erforderliche Antragsprüfung der Festspielleitung durchführen. Die Eutiner Festspiele sind ein kulturelles Highlight in Schleswig-Holstein. Wir sind der Auffassung, dass die 80.000 Euro vom Land helfen werden, die Festspiele wieder auf einen guten Kurs zu bringen“, so Funke und Wengler.

CDU und FDP forderten die übrigen Fraktionen im Landtag auf, ihrem Antrag in der gemeinsamen Ausschusssitzung am 29. März zuzustimmen.